

regierung war in dieser Frage gespalten. Während Kohl bereit war, dem Drängen der NATO-Partner nachzugeben, widersetzten sich Außenminister Genscher und CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger. Anfang 1989 lenkte der Kanzler ein, weil er ein Auseinanderbrechen der Koalition befürchtete. Washington sah das Bonner Zögern mit Argwohn und nahm es zum Anlaß, die Angelegenheit zu einem Prüfstein für die Bündnistreue zu machen. Die Bundesrepublik hielt indes an ihrer mühsam erreichten Position fest. Selbst ein NATO-Gipfel am 29. Mai 1989 in Brüssel konnte den Streit nur dadurch beenden, daß die Frage der Lance-Modernisierung auf deutschen Wunsch vertagt wurde.²⁰⁵ Allein der Kollaps des Ostblocks rettete das Bündnis vor einer weiteren deutsch-amerikanischen Konfrontation über Nuklearfragen.

Insgesamt dokumentierten SDI, Reykjavik, INF-Vertrag und Lance-Modernisierungsdebatte in den achtziger Jahren nachdrücklich, daß der strategische Grundkonsens zwischen den USA und Westeuropa, der 1957 nach der erfolgreichen Sputnik-Mission ins Rutschen gekommen war, weitgehend aufgebraucht war. Indem Reagan dies durch seine Initiativen deutlicher machte als seine Amtsvorgänger, trug er trotz aller Bündnisthetorik zu einem sicherheitspolitischen Umdenken der Kontinentaleuropäer bei und stärkte ihr Bemühen zu eigenen Verteidigungsanstrengungen.

Die vom INF-Vertrag ausgehende Initialzündung für Vereinbarungen in den beiden anderen Waffenbereichen erledigte in den nächsten Jahren viele Bedenken westdeutscher Sicherheitsexperten. In weniger als achtzehn Monaten einigten sich Ost und West in den *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* (KSE), die 1989 an die Stelle der dahindringenden MBFR-Gespräche getreten waren, auf eine drastische Reduzierung der Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural, wobei die Warschauer Pakt-Staaten auf die zentralen westlichen Forderungen einschwanken. So galt der Grundsatz "Wer mehr hat, muß mehr abrüsten", und auch die Verifikation war durch die Garantie von Vor-Ort-Inspektionen gewährleistet. Als sich im April 1991 der Warschauer Pakt auflöste, fand die seit 1945 bestehende konventionelle Bedrohung Westdeutschlands aus dem Osten ihr Ende. Schließlich unterzeichneten die USA und die Sowjetunion im Juli 1991 auch noch das START I-Abkommen (*Strategic Arms Reduction Talks*) über die atomaren Langstreckraketen. Beide Seiten

vereinbarten darin, 30 Prozent ihrer Arsenale abzubauen und maximal 6000 Sprengköpfe zu behalten. Zudem kündigten US-Präsident George Bush (1989-1993) und Gorbatschow wenige Wochen später an, alle taktischen Atomwaffen, alle nuklearen Artilleriegeschosse und alle nuklearen Landminen zu zerstören. Im November 1991 erklärte der NATO-Gipfel in Rom die Doktrin der flexible response für ungültig. In Westeuropa sollten nur mehr 700 luftgestützte Mittelstreckraketen der USA verbleiben, denen zusammen mit den stark reduzierten Zahl an amerikanischen Soldaten die Funktion des Bindeglieds zu den Vereinigten Staaten zukam.

Anfang der neunziger Jahre hatte sich die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik also grundlegend verändert. Die vierzigjährige Bedrohung durch das östliche Militärbündnis unter Führung der Sowjetunion war zuende, Deutschland nun auch im Osten nur mehr von Partnern umgeben, von denen die meisten sogar mit Vehemenz in die NATO streben. Der Sicherheitsexperte Lothar Rühl wies darauf hin, daß Deutschland erstmals seit dem 18. Jahrhundert nicht mehr einer direkten militärischen Bedrohung mit dem Risiko eines Offensivkriegs in Europa ausgesetzt war.²⁰⁶ "Sicherheitspolitik" im traditionellen Sinne gab es nicht mehr. Es galt nun, sich auf neue Herausforderungen einzustellen.

6.3. Auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen

Führungsmacht in Europa

Obwohl die außenpolitische Eigenständigkeit der Bundesrepublik nach 1969 gewachsen war, blieben ihrem ost- und sicherheitspolitischen Spielraum aufgrund der völkerrechtlichen Zuständigkeit der Drei Mächte für West-Berlin und der Abhängigkeit von der amerikanischen Nukleargarantie doch enge Grenzen gesetzt. In einem Bereich entwickelte sich Bonn allerdings immer deutlicher zu einem zentralen Akteur: in der Europapolitik, und dabei insbesondere in Wirtschafts- und Währungsfragen. Hier lancierte die Bundesrepublik nicht nur eigene Initiativen, sondern sie scheute sich auch nicht, ihre Vorstellungen mit Nachdruck zu vertreten.²⁰⁷

²⁰⁵ So in einem Beitrag für Die Welt, 6.2.1993.

²⁰⁶ Vgl. Rupert Scholz: Deutsche Frage und europäische Sicherheitspolitik in einem sich einigenden Deutschland und Europa, in: EA, 7/1990, 239-246, hier 240.

²⁰⁷ Für den Zeitraum von 1974 bis 1982 siehe vor allem Hafendorn, 1986b, 35-91. Vgl. auch Bellet, 1990, 284-305, 352-411.

Deutsche Europapolitik: große Ziele, kleine Schritte

Nach dem Rücktritt de Gaulles im April 1969 schien nach fast zehn Jahren der Stagnation der Weg frei für einen Ausbau und eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Hierauf hatten vor allem die Bundesrepublik, aber auch die Benelux-Staaten und Italien während der sechziger Jahre immer wieder gedrängt.²⁰⁸ Die kompromißbereitere Haltung des neuen französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou (1969-1974) erlaubte es der Gemeinschaft nun, nach der Vollendung der Zollunion konkrete Pläne für eine Vertiefung der Integration und für die Aufnahme neuer Staaten zu schmieden. Dies war im besonderen Interesse der neuen sozial-liberalen Koalition. Eine engagierte Politik für die europäische Einigung sollte das Pendant zu ihrem ost- und deutschlandpolitischen Aktivismus bilden. "So viel Integration wie möglich in Westeuropa ..., so viel Kooperation wie überhaupt nur denkbar in Osteuropa", verkündete Außenminister Scheel; erklärtes europapolitisches Ziel Bonn sei "die politische Union Europas" und "nicht etwa ein Interessensverband europäischer Länder, um sich gegenseitig Vorteile zu verschaffen".²⁰⁹

Auf dem Haager Gipfel faßten die Staats- und Regierungschefs der Sechis am 1. und 2. Dezember 1969 Beschlüsse, die den deutschen Wünschen entsprachen: möglichst schnell sollten Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten aufgenommen, die Finanzordnung reformiert und zusammen mit der Kommission ein Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgearbeitet werden; die Außenminister beauftragte der Rat, Möglichkeiten für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zu prüfen. Vor dem Bundestag verkündete Kanzler Brandt optimistisch, es sei in Den Haag gelungen, "den lähmenden Stillstand der europäischen Entwicklung zu überwinden".²¹⁰

In der Tat konnte die EG einige der Haager Vorhaben umsetzen. Vor allem der im Vergleich zu späteren Beitrittsrunden rasche Abschluß der Gespräche mit den Kandidaten Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen war ein Erfolg. Zwar blockierten die Norweger in einem Referendum die Mitgliedschaft ihres Landes, aber mit der Aufnahme

²⁰⁸ Für eine deskriptive Darstellung der deutschen Europapolitik in dieser Phase siehe Herbert Müller-Roschach: Die deutsche Europapolitik 1949-1977, Bonn 1980, 141-216.

²⁰⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte (27.5.1970), 2689; (17.6.1979), 3238; und (15.4.1970), 2140.

²¹⁰ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte (3.12.1969), 591.

Großbritanniens in die Gemeinschaft am 1. Januar 1973 erreichte die Bundesrepublik ein seit langem verfolgtes Ziel. Im Oktober 1970 riefen die Außenminister außerdem die Europäische Politische Zusammenarbeit ins Leben, die "durch regelmäßige Unterrichtung und Konsultationen eine bessere gegenseitige Verständigung über die großen Probleme der internationalen Politik"²¹¹ gewährleisten wollte. Es war allerdings ein anderes Projekt, das in den siebziger Jahren einen Großteil der europapolitischen Energien der Bundesrepublik absorbierten sollte: die Errichtung einer auf Stabilität ausgelegten Währungszone.

Der Zerfall von Bretton Woods und das Entstehen des D-Mark-Blocks

Ausgangspunkt der verstärkten Aktivitäten Bonn bildete die Währungskrise der Jahre 1967 bis 1973.²¹² Bis dahin hatte das System fester Wechselkurse, das unter Führung der USA 1944 in Bretton Woods aus der Taufe gehoben worden war, relativ störungsfrei funktioniert und entscheidend zum Aufschwung des Welthandels beigetragen. Vor allem die exportorientierte Bundesrepublik konnte von dem stabilen währungspolitischen Rahmen profitieren. Aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit vom Weltmarkt stand für sie bei Währungsturbulenzen aber auch besonders viel auf dem Spiel. Als die Vereinigten Staaten ihre Pflichten als Leit- und Reservewährungsland zu verletzen begannen und die Welt mit Dollars überschwemmen, war Deutschland davon stark betroffen. Die Bundesbank, die aufgrund des amerikanischen Defizits im Handel mit der Bundesrepublik und der hohen Direktinvestitionen von US-Firmen ohnehin auf großen Dollar-Beständen saß, mußte nun den Dollarkurs durch Devisenmarktinterventionen stützen. Dadurch erhöhte sich die heimische Liquidität, was die Inflation anheizte. Die ökonomisch gebotene Aufwertung der D-Mark schob die Bundesregierung jedoch aus Rücksicht auf die deutsche Exportindustrie und die Gewerkschaften immer wieder hinaus. Eine von der sozial-liberalen Koalition gleich nach ihrem Wahlsieg 1969 beschlossene Aufwertung um gut neun Prozent kam zu spät und konnte die Spannungen im Währungssystem nur kurzfristig verringern. Durch den Fortbestand der Dollarbindung blieb die Bundesrepublik weiter von der binnenwirtschaftlich und innenpolitisch motivierten Zins- und

²¹¹ "Erster Bericht der Außenminister an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten vom 27. Oktober 1970 (Luxemburger Bericht)", in: EA, 22/1970, D520-D524.

²¹² Siehe dazu Link, 1986, 266-275.

Fiskalpolitik der USA abhängig. Auch für die Zusammenarbeit in der EG, insbesondere das System der gemeinsamen Agrarmarktordnungen, erwiesen sich die Leitkursanpassungen als störend. Da die Garantiepreise für landwirtschaftliche Produkte nach schwierigen Verhandlungen in Dollar festgelegt worden waren, bedrohte jede Veränderung einer EG-Währung zum Dollar das fein ausbalancierte Gefüge.²¹³

Auf dem Haager Gipfel hatten die Staats- und Regierungschefs deshalb eine französische Initiative aufgenommen und den Ministerrat beauftragt, zusammen mit der Kommission einen Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Die Bundesrepublik unterstützte dieses Ziel, versprach eine engere Zusammenarbeit in diesem Bereich doch Schutz vor den gefährlichen Wechselkurschwankungen.²¹⁴ Über die Reihenfolge der dafür nötigen Maßnahmen waren sich die Regierungen in Bonn und Paris jedoch uneinig: Die in der Bundesrepublik tonangebende Schule der *Ökonomen* wollte mit der Währungsunion warten, bis sich die Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten angeglichen hätte und ein hohes Maß an Konvergenz erreicht sei. Nach Auffassung der *Monetaristen*, die besonders in Frankreich Anhänger hatten, sollte die Währungsunion dagegen der Motor für die wirtschaftliche Angleichung sein. Dem vom Ministerrat eingesetzten Sonderausschuß unter der Leitung des luxemburgischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Pierre Werner gelang es, die unterschiedlichen Auffassungen dadurch zusammenzuführen, daß er ein paralleles Vorrücken in Währungs- und in Wirtschaftsfragen vorschlug. Sein Bericht vom 8. Oktober 1970 sah vier ineinandergreifende Maßnahmen als Voraussetzung für die WWU vor: Verstärkung der Währungskooperation, Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, Schaffung eines europäischen Kapitalmarkts und Entwicklung einer gemeinsamen Struktur- und Regionalpolitik.²¹⁵ Kein Konsens herrschte indes über die Frage, welche Prinzipien den zu koordinierenden Wirtschaftspolitiken zugrunde gelegt werden sollten.

In der am 1. Januar 1971 beginnenden ersten Dreijahresrunde der WWU wurden die erlaubten Schwankungsbreiten zwischen den Währungen der Sechs verringert. Wie eine

²¹³ Vgl. Elke Thiel: Die europäische Union, München 1997, 146f.

²¹⁴ Vgl. Brandt, 1976, 321-323.

²¹⁵ Vgl. dazu Henry Krüger/Wolfgang Werner: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht, Baden-Baden 1993, 6-14.

Schlange im Tunnel sollten sich die europäischen Währungen nun als enges Band innerhalb des im Bretton-Woods-System zulässigen größeren Fluktuationskorridors zum Dollar bewegen.²¹⁶ Allerdings sah sich diese "Währungsschlange" bald mit massiven Belastungen konfrontiert. Nach Dollarzufüssen im Gegenwert von 18 Mrd. DM in den ersten Monaten des Jahres 1971 nach Deutschland - davon allein von 8 Mrd. DM in den ersten Maitagen - mußten die Devisenbörsen am 5. Mai geschlossen werden. Als sich die EG nicht auf gemeinsame Maßnahmen einigen konnte, gab die Bundesrepublik im Alleingang den Wechselkurs der D-Mark frei. Um die eigene wirtschaftliche Stabilität zu sichern, war Bonn also bereit, gegen die Statuten des Internationalen Währungsfonds und gegen die in der EG geltenden Verhaltensnormen zu verstoßen.²¹⁷

Obwohl es im *Smithsonian Agreement* Ende des Jahres zu einer Neufestsetzung der Kursverhältnisse (*Realignment*) und zu einer Rückkehr der Bundesrepublik in den Verbund fixer Wechselkurse kam, brach das Bretton-Woods-System nach erneuten Turbulenzen aufgrund der amerikanischen Defizitpolitik Anfang 1973 endgültig auseinander. Was Scheel euphemistisch als "eine etwas steinige Strecke auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion" bezeichnete,²¹⁸ war in Wirklichkeit der Anfang vom Ende des Werner-Plans. Der Ölpreisschock und die sich verschlechternde Konjunkturlage in Europa machten zudem deutlich, daß die politische Bereitschaft für eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken nicht gegeben war. Denn nur wenn sich bei den Teilnehmern die Preise, die Kosten und die Nachfrage weitgehend parallel entwickelten, konnten die Austauschverhältnisse der Währungen über längere Zeit stabil bleiben. Die Spannbreite bei den Inflationsraten der EG-Länder verringerte sich jedoch nicht, sondern vergrößerte sich sogar noch. Großbritannien, Irland und Italien mußten kurz nach ihrem Beitritt den Wechselkursverbund wieder verlassen. Frankreich trat wiederholt ein und aus. Angesichts dieser Turbulenzen wurde die für den 1. Januar 1974 vorgesehene Einführung der zweiten Stufe der WWU, der auf der *Pariser Gipfelkonferenz* im Oktober 1972 vereinbart worden war, auf Eis gelegt. Allein die wenigen

²¹⁶ Vgl. Thiel, 1997, 150.

²¹⁷ Vgl. Hans-Eckart Scharrer: Die Bundesrepublik Deutschland im Internationalen Währungssystem, in: Schwarz, H.-P., 1975a, 383-405, hier 392.

²¹⁸ Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, (19.7.1993), 7757.

Länder, die eine ähnlich stabilitätsorientierte Finanz- und Geldpolitik wie die Bundesrepublik verfolgten, konnten in der Währungsschlinge verbleiben. Der D-Mark-Block, bestehend aus Deutschland, den Benelux-Staaten und Dänemark, war begründet.²¹⁹

Auf internationaler Ebene bedeutet das Zerbrechen des Bretton-Woods-Systems das Ende der dreißig Jahre währenden Hegemonialstellung der USA in der internationalen Währungspolitik. Die Bundesrepublik verfügte nun über den höchsten Bestand an Devisenreserven in der Welt und konnte erstmals ihre stabilitätspolitischen Ziele verfolgen, ohne ihre Beeinträchtigung von außen befürchten zu müssen. Zugleich war die D-Mark nach dem Dollar gegen den Willen Bonns zur zweitwichtigsten Reservewährung geworden.²²⁰ Damit wuchs aber auch die politische Verantwortung der Bundesrepublik.

Deutschland als Krisenmanager

In diese währungspolitisch schwierige Phase trat im Oktober 1973 der Jom-Kippur-Krieg, in dessen Verlauf die arabischen Staaten einen Ölboykott über die USA wegen ihrer israelfreundlichen Haltung verhängten und die Versorgung anderer Länder drosselten. Den Westen traf dies völlig unvorbereitet. Die Vervielfachung des Ölpreises innerhalb weniger Monate auf fast 12 Dollar pro Faß (*barrel* = 164 Liter) wirkte wie eine gewaltige Sondersteuer. Das Wachstum brach ein, Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen, die Leistungsbilanzungleichgewichte verstärkten sich. In vielen Industriestaaten wuchs die Versuchung, zu Maßnahmen Zucht zu nehmen, die den Bestand der liberalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzordnung bedrohen. Der seit Mai 1974 amtierende Bundeskanzler Schmidt sah in der Bewältigung dieser Probleme eine so wichtige Aufgabe, "daß lediglich die Erhaltung des Weltfriedens hoher einzuschätzen" war. Der Bundesrepublik falle dabei, so Schmidt, eine "erstklassige Rolle" zu, da sie in Wirtschaftsfragen zusammen mit den USA, Japan, Frankreich und England "in die erste Kategorie" gehöre und in diesem Bereich eine "Weltmacht" sei.²²¹

Die Weltwirtschaftskrise bedrohte aber nicht nur die Stabilität der einzelnen Volkswirtschaften, sondern auch die Fortentwicklung der EG. Damit gerieten gleich zwei Axiome

der deutschen Außenpolitik ins Wanken: die Einigung Europas und die Etablierung einer freien Weltwirtschaftsordnung. Die Bundesregierung versuchte daher mit aller Kraft, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Zum einen übernahm sie besondere finanzielle Lasten, um ein Auseinanderbrechen der EG zu verhindern. So gewährte die Bundesbank im Herbst 1974 Italien einen Kredit über 5,2 Mrd. DM für die Stützung seiner Währung. Ein Jahr später sagte die Bundesregierung zu, einen Teil der britischen Beitragszahlungen zu übernehmen, um den Verbleib Londons in der EG sicherzustellen. Die deutschen Nettobeiträge stiegen von 454 Mio. DM 1971 über 3,5 Mrd. DM 1975 auf 7 Mrd. DM 1982 an.²²² Zum anderen setzte Bonn auf den Ausbau der Konsultationsmechanismen und die Vertiefung der Gemeinschaft. Im Dezember 1974 wurde der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs institutionalisiert, um den Koordinierungs- und Entscheidungsprozeß in der EG zu verbessern. Und vor allem auf deutsches Drängen wurde beschlossen, das Europäische Parlament künftig direkt wählen zu lassen. Mit ihrer Forderung nach substantiellen Kompetenzübertragungen scheiterte Bonn aber am Widerstand Großbritanniens, Dänemarks und Frankreichs.

Schließlich forcierte die Bundesregierung die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auf französisch-deutsche Initiative kamen im November 1975 erstmals die Repräsentanten der sechs wichtigsten Volkswirtschaften der Welt auf Schloß Rambouillet bei Paris zusammen, um "über die Weltwirtschaftslage, die unseren Ländern gemeinsamen Wirtschaftsprobleme ... und über Pläne zu ihrer Lösung" zu beraten.²²³ Die USA, Japan, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien verpflichteten sich, auf "Möglichkeiten [zu] verzichten, mit denen sie versuchen könnten, ihre Probleme auf Kosten anderer zu lösen".²²⁴ Auch wenn sich die hohen Erwartungen an die 1976 durch die Hinzunahme Kanadas zur Gruppe der Sieben (G7) gewachsenen Weltwirtschaftsgipfel nie erfüllen, so ging von ihnen doch das politische Signal aus, daß die Industrieländer nicht versuchen würden, die ökonomischen Schwierigkeiten durch einseitige nationale Schritte wie in den dreißiger Jahren zu lösen.

²¹⁹ Vgl. Bernhard May: Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn 1985, 38/Tab. 5.

²²⁰ "Erster Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet". Treffen der sechs Staats- und Regierungschefs auf Schloß Rambouillet vom 15. bis 17. November 1975; in: Auswärtiges Amt, 1995, 425-426, hier Punkt 1, 425.

²²¹ Ebd., Punkt 8, 426.

²¹⁹ Vgl. Krüger/Wetter, 1993, 13.

²²⁰ Vgl. ebd., 393.

²²¹ Die Zitate finden sich bei Link, 1987, 277.

Die Aktivitäten im Gefolge der Währungs- und Wirtschaftskrise der frühen siebziger Jahre demonstrierten, daß Bonn bereit und fähig war, eine seiner Wirtschaftskraft entsprechende Rolle in Europa zu spielen. In seinen privaten Aufzeichnungen notierte Schmidt, die Bundesrepublik sei "zwangsläufig" und wider den eigenen Willen zu einem "Führungsfaktor geworden" zur "zweiten Weltmacht des Westens", was Besorgnisse bei "anderen Regierungen" auslösen könne.²²⁵ Auch um solchen Ängsten die Spitze zu nehmen, suchte Bonn die Kooperation mit Paris. Unter Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing (1974-1981) begann eine enge Abstimmung der deutschen und französischen Politik, die von ökonomischen Fragen ausging, sich jedoch auf andere inhaltliche Bereiche ausdehnte und schließlich zu einer *Relance Européenne* in der internationalen Politik führte.²²⁶

Das EWS: Inflationsgemeinschaft oder DM-Imperialismus?

Zwar hatte das System flexibler Wechselkurse die weltwirtschaftlichen Verwerfungen im Gefolge der Ölkrise zu mildern vermocht, aber schon bald zeigte sich, daß die Erwartung vieler Ökonomen nicht eintrat, die Wechselkurse der floatenden Währungen würden sich um die Kaufkraftparität einpendeln. Tatsächlich bewirkten politische Faktoren und Spekulationen mit vagebuhnderen Dollarmilliarden nämlich starke Kurssprünge (*overshooting*).²²⁷ Im Frühjahr 1977 setzte der Dollar erneut zu einer rapiden Talfahrt an, verlor binnen eines Jahres zwanzig Prozent seines Werts und durchbrach im März 1978 die Zwei-D-Mark-Grenze. Für die Bundesrepublik, die zu diesem Zeitpunkt fast ein Viertel ihres Bruttosozialprodukts im Ausfuhrgeschäft erwirtschaftete, war diese Entwicklung Gift. "Die Bewegung der Wechselkurse, die eigentlich Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen eines Landes konstatieren sollte, kann sie diktiert", mußte der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten ernüchtert feststellen.²²⁸

²²⁵ Aufzeichnung Schmidts vom Dezember 1976: "Erwägungen für 1977". Zit. bei Niedhart, 1996, 19.

²²⁶ Vgl. Hatendorf, 1986b, 169.

²²⁷ Vgl. Beate Neuss: Internationale Verflechtung und Wettbewerbsfähigkeit; in: Dieter Grosser u.a.: Soziale Marktwirtschaft. Geschichte - Konzept - Leistung, Stuttgart 1988, 194-220, hier 208.

²²⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten. 1978/79, Frankfurt a.M. 1979, Zif. 342.

Ursache der erneuten Dollarschwäche war vor allem die unterschiedliche Wirtschaftspolitik in den USA und der Bundesrepublik. Während Washington der Konjunktur mit einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik auf die Beine helfen und die Arbeitslosigkeit reduzieren wollte, hielt Bonn an seinen Stabilitätszielen fest. Forderungen aus den USA und Großbritannien, Deutschland solle durch neue Ausgabenprogramme die eigene Wirtschaft ankurbeln und eine "Lokomotivfunktion" für die Weltwirtschaft übernehmen, konnte Schmidt im Mai 1977 auf dem Weltwirtschaftsfest in London mit dem für ihn typischen Sarkasmus:

Ich glaube nicht, daß uns der französische oder der amerikanische Präsident auf-fordern werden, mehr Inflation in Kauf zu nehmen. Es könnte sein, daß die Briten dies für wünschenswert halten. Ich meine jedoch, wir anderen sollten ihnen lieber helfen, wie wir es bisher getan haben, von ihrer Inflationsrate von 18 Prozent her-unter zu kommen.²²⁹

Weil sich die US-Regierung aber nicht für eine Stabilisierungsaktion für den Dollar gewinnen ließ, suchte Schmidt den Schlußstrich mit Frankreich. Nachdem der Werner-Plan gesehelt war, präsentierte er zusammen mit Staatspräsident Giscard d'Estaing dem Europäischen Rat im Juli 1978 nun eine außervertragliche Form der währungspolitischen Kooperation: die Schaffung eines *Europäischen Währungssystems* (EWS). Obwohl das EWS zunächst den ökonomischen Erfordernissen zweier stark außenhandelsabhängiger Volkswirtschaften entsprang, verbanden die deutsche und die französische Regierung damit auch politische Ziele. Giscard d'Estaing hoffte zum einen, durch ein System fixer Wechselkurse die Bundesbank zu größeren Devisenmarktinterventionen für die schwächeren Länder zu verpflichten, damit eine Mißsprache über die deutsche Geldpolitik zu gewinnen und so einen "D-Mark-Imperialismus" zu verhindern,²³⁰ zum anderen sollte der mit dem EWS verbundene Stabilitätsdruck der französischen Regierung bei der Durchsetzung ihrer innenpolitischen Konsolidierungspolitik helfen. Schmidt dagegen ging es vor allem darum, "eine europäische Gegenposition zu den verhängnisvollen Wirkungen des Dollarverfalls aufzubauen"²³¹ und indirekten Druck auf die USA auszuüben: "Es (das EWS) wird drüben [in Washington]", so

²²⁹ Zit. nach Hatendorf, 1986b, 69.

²³⁰ Vgl. Schmidt, 1990, 229.

²³¹ Zit. nach Link, 1987, 287.

der Kanzler wörtlich, "den Stabilitätswillen in bezug auf die eigene Währung stärken."²³² Auch bei den europäischen Partnern, so Schmidt, würde das EWS zu einer solideren Geld- und Finanzpolitik führen.²³³ Deutschland und Frankreich waren sich zudem darin einig, daß der seit Anfang der siebziger Jahre stagnierende europäische Integrationsprozeß durch das EWS neue Impulse erhalten würde. Hanrieder analysiert:

Wie so oft bevorzugten die Deutschen einen europäischen institutionellen Rahmen zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen und suchten den Eindruck zu vermeiden, daß sie nach nationaler Handlungsfreiheit strebten oder ihren politischen Einfluß zu vergrößern suchten.²³⁴

Das EWS lehnte sich eng an die Währungsschlange an. Die Wechselkurse der Teilnehmerländer wurden bilateral fixiert bei einer Schwankungsbreite von +/- 2,25 Prozent für die starken, von +/- 6 Prozent für die schwachen Länder und prinzipieller Veränderbarkeit (*fixed but adjustable*). Als Rechnungseinheit im EWS und Bezugsgröße für die Paritäten schuf man den ECU (*European Currency Unit*), eine Korbwährung aus den gewichteten Währungen der Mitgliedsländer. Drohte eine Währung zu stark vom festgesetzten Leitkurs abzuweichen, so mußten Stark- und Schwachwährungsland symmetrisch an den Devisenmärkten intervenieren. Ein Schwachwährungsland, das über keine eigenen Devisenbestände verfügte, konnte Kredite beim *Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit* (EFWP) oder beim Starkwährungsland aufnehmen. Bei hohen Paritätsschwankungen, die nicht spekulativ begründet waren, sollten die Wechselkurse einvernehmlich geändert werden.

Schon vor Einführung des EWS am 1.1.1979 war klar, daß der Bundesrepublik darin eine besondere Rolle zukommen würde. Aufgrund ihres Außenhandelsüberschusses, der ja eine Verschuldung der Handelspartner bedeutete, verfügte sie allein über die nötigen Devisenreserven, um den Defizitländern Kredite einzuräumen. Die politischen Implikationen dieses ökonomischen Faktums waren nicht zu unterschätzen: Über die Kredite konnte die Bundesrepublik Länder wie Italien und Frankreich, die eine inflationistische Wirtschafts-

²³² Zit. nach Krüger/Weiler, 1993, 17.

²³³ Vgl. "Europäisches Währungssystem", Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt über die Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel am 6. Dezember 1978 (Auszüge); in: Auswärtiges Amt, 1995, 456-458.

²³⁴ Hanrieder, 1995, 330.

politik betrieben, nämlich auf die eigenen Stabilitätskriterien festlegen, wenn nicht gar zu ihrer Beachtung zwingen. Bonn vermochte also aufgrund seiner starken ökonomischen Stellung Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, ja die Innenpolitik der Partnerländer zu nehmen. Dies ging soweit, daß Bundeskanzler Schmidt einmal eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten als unvereinbar mit einer Kreditvergabe erklärte.²³⁵

In diesem Dringen auf eine gesamteuropäische Stabilitätspolitik fand die Bundesregierung die volle Unterstützung der Bundesbank. Dem EWS stand man in Frankfurt jedoch skeptisch gegenüber, weil man davon eine Einschränkung des nach dem Zerfall des Bretton-Woods-Systems neugewonnenen Handlungsspielraums befürchtete. Die Bundesbank machte deshalb von Anfang an klar, daß sie ihre Geldpolitik weiterhin am Ziel der Preisniveaustabilität in Deutschland orientieren werde und unter ihr das EWS zu keiner Inflationsgemeinschaft werden würde.²³⁶ Wolten die Partnerländer ihre Währungen stabil halten, so mußten sie die deutschen Stabilitätsvorstellungen - und damit die Ankerrolle der D-Mark - anerkennen.

Weltwirtschaftskrise und Währungsturbulenzen

Das deutsche Bemühen, die europäischen Schwachwährungslander in ein Korsett geld- und finanzpolitischer Stabilität zu zwingen, wurde 1979/80 konkretisiert durch eine erneute Explosion der Ölpreise. Der Anstieg von 12 auf 34 Dollar pro Barrel war diesmal aber nicht wie 1973 auf eine konzentrierte Aktion der arabischen OPEC-Länder zurückzuführen, sondern spiegelte die Befürchtung, die Machtübernahme radikaler Islamisten im Iran würde zu Engpässen in der Ölversorgung führen.²³⁷ Die sich anschließende Weltwirtschaftskrise erwies sich als harträckiger als die Mitte der siebziger Jahre. Während Frankreich und Italien ihre Wirtschaften mit Konjunkturprogrammen wieder flott zu machen versuchten und dafür hohe Inflationsraten in Kauf nahmen, hielt die Bundesregierung an ihrem restriktiven

²³⁵ Vgl. Bellers, 1990, 376.

²³⁶ Vgl. dazu die Ausführungen Hans Tiemeyers: Der Beitrag der Währungspolitik zur Europäischen Integration. Vortrag vor dem 2. Symposium der deutschen Akademie der Wissenschaften "Europa - Ideen, Geschichte, Realität" am 13.6.1996; in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln (im folgenden BA/AP), 38/1996, 6-7.

²³⁷ Vgl. Hatfieldorn, 1986b, 78-80.

Kurs fest. Dieses "Stabilitätsdiktat"²³⁸ der Bundesbank übte einen enormen Konsolidierungsdruck auf alle Schwachwährungslander aus. Selbst Frankreich, das in den ersten fünf Jahren des EWS seine Währung gegenüber der D-Mark um über 30 Prozent abwerten mußte, lenkte 1983 auf den deutschen Kurs ein und begann seine Politik des *franc fort*. In seinen Memoiren triumphierte Schmidt: "... ohne EMS und die Prestige-Einbuße mehrerer, durch die französische Haushalts- und Geldpolitik verursachter Franc-Abwertungen hätte François Mitterrand seinen ursprünglich expansiven, inflatorischen Kurs vermutlich fortgesetzt".²³⁹ Mit Ausnahme der italienischen Lira erwiesen sich die europäischen Währungen im Verhältnis zur D-Mark in den nächsten zehn Jahren als relativ stabil. Betrug die durchschnittliche Inflationsrate der EWS-Länder 1980 noch 12 Prozent, so fiel dieser Wert bis 1987 auf 2,5 Prozent. Im selben Zeitraum ging die Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten Inflationsrate von 14,4 auf 5,2 Prozent zurück.²⁴⁰ Die Ende 1988 lancierten Pläne zur Schaffung einer europäischen Währungsunion standen damit auf festem ökonomischen Fundament als die entscheidenden Initiativen von Anfang der siebziger Jahre. Deutschland war es also nicht nur gelungen, durch die Etablierung des EWS kalkulierbare Wechselkursbedingungen für 50 Prozent seines Außenhandels zu schaffen, sondern auch seine stabilitätspolitische Philosophie in großen Teilen Westeuropas durchzusetzen.

Die Kurssprünge gegenüber dem Dollar blieben dagegen auf der Tagesordnung. Diesmal bereitete der Bundesregierung allerdings nicht der Verfall der amerikanischen Währung, sondern ihr dramatischer Anstieg Sorge. Von einem Tiefstand von 1,70 DM 1980 schoß der Greenback auf fast 3,50 DM im Februar 1985. Ursache dafür war zum einen die Hochzinspolitik der amerikanischen Notenbank, mit der ihr neuer Präsident Paul Volcker (1979-1987) die Inflation bekämpfte, zum anderen das angespannte weltpolitische Klima, das den Dollar als sicherster Anlage (*safe haven*) Auftrieb verlieh. Die markante Aufwertung der amerikanischen Währung kurbelte zwar die deutsche Konjunktur an, weil sich die Exporte, die in den Dollarraum gingen, verteiligten. Aber gleichzeitig wurden die Importe teurer, vor

²³⁸ Krüger/Wetter, 1993, 23.

²³⁹ Vgl. Schmidt, 1992, 263.

²⁴⁰ Vgl. EG-Kommission: Jahreswirtschaftsbericht 1988-1989; in: Europäische Wirtschaft Nr. 38 (November 1988), 25.

allem das in Dollar fakturierte Rohöl. In Amerika dagegen zogen die Importe an, während die Ausfuhren einbrachen. Dies rief den Kongreß mit protektionistischen Forderungen auf den Plan. Um diese Forderungen abzuschwächen, bedrängte die US-Administration nun die westdeutsche und japanische Regierung, ihre Wirtschaften durch eine expansive Fiskalpolitik anzukurbeln und dadurch die Nachfrage nach amerikanischen Produkten zu fördern. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen hatte also nicht nur die Erwartung nicht erfüllt, damit würde "automatisch" Ordnung in die Währungsbeziehungen einkehren, sondern sogar zu schweren ökonomischen und politischen Verwerfungen geführt.²⁴¹ Vor allem die Furcht, die starken Währungsschläge würden der liberalen Welt Handelsordnung schweren Schaden zufügen, veranlaßte die fünf wirtschaftlich wichtigsten Staaten der Welt (G-5)²⁴², im Herbst 1985 in New York zusammenzukommen. Ergebnis war das nach dem Tagungshotel benannte *Plaza-Agreement*. Die USA sagten darin zu, ihre Politik des "benign neglect" aufzugeben und den Dollarkurs durch mit den anderen Ländern abgestimmte Eingriffe auf den Devisenmärkten auf ein vertretbares Niveau zurückzuführen. Die Ära der gestalteren Wechselkurse (*managed/dirty floating*) war geboren. Bis Anfang 1987 verlor der Dollar gegenüber D-Mark und Yen die Hälfte seines Werts. Erneut kamen die G-5 daraufhin zusammen, um die US-Währung zu stabilisieren. Der *Louvre-Akkord* sah vor, weitere starke Währungsverschiebungen durch engere Zusammenarbeit zu verhindern.

Frischer Wind in der Europapolitik:

Von der Einheitlichen Europäischen Akte zur Währungsunion

Nach dem Platzen der großen integrationspolitischen Ziele des Haager und Pariser Gipfels war die deutsche Europapolitik von dem Bemühen getragen, angesichts der weltwirtschaftlichen Herausforderungen den Bestand des Erreichten zu sichern und die Einheit Europas in kleinen Schritten voranzubringen. Allerdings trat gerade in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die eine stärkere Vergemeinschaftung wünschende Richtung in der deutschen Europapolitik in den Hintergrund. Bonn war also nicht unschuldig, daß das im Vergleich zur

²⁴¹ Vgl. Michael Toksodorf: Die Währungsturbulenzen der 70er und 80er Jahre; in: Peter Czada/Michael Toksodorf/Alparajan Yenal: Internationale Währungsprobleme. Zur Geschichte, Funktion und Krise des internationalen Währungssystems, Opladen 1988, 77-124, hier 113.

²⁴² Die G5 werden gebildet von den USA, Japan, der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien.

Frühphase der europäischen Einigung langsame Integrationsstempo von Beobachtern mit Schlagworten wie "Europessimismus" und "Euroklerose" bedacht werden konnte.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wuchs sowohl der Reformdruck der EG-Institutionen wie die Reformbereitschaft der drei wichtigsten Mitglieder, der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens. Im November 1981 legte Außenminister Genscher mit seinem italienischen Amtskollegen Colombo einen Entwurf für eine *Europäische Akte* vor, die die außervertraglichen Kooperationsformen EPZ und Europäischen Rat in die EG einfügen und den erreichten Integrationsstand festschreiben sollte. Zusätzlichen Schub erhielten diese Einigungsbestrebungen mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler, der stärker als sein Vorgänger auf eine Vertiefung der EG setzte.²⁴³ Unter deutscher Präsidentschaft verabschiedete der Rat auf dem Gipfel von Stuttgart am 19. Juni 1983 eine *Feierliche Deklaration zur Europäischen Union*, die es aber bei allgemeinen Zielsetzungen beließ und damit die gegensätzlichen Auffassungen der wichtigsten Mitgliedsländer in der Frage einer Vertragsänderung überspielte. Das änderte sich erst, als der französische Präsident Mitterrand, der die EG in seinen ersten Amtsjahren mehr oder weniger ignoriert hatte, bei der Übernahme der Ratspräsidentschaft im Januar 1984 überraschend eine große diplomatische Initiative zur Wiederbelebung des Einigungsprozesses vorschlug.²⁴⁴ Widerstand kam jetzt nur noch aus Großbritannien. So sehr sich Premierministerin Margaret Thatcher (1979-1990) einer Stärkung des supranationalen Elements in der EG widersetzte, so sehr war sie gleichzeitig daran interessiert, die hohen britischen Netto-Beiträge zu senken und die EG für die Ausbreitung ihrer liberalen Wirtschaftsbeziehungen zu nutzen. *"The outlines of an interstate bargain were becoming clear"*, kommentierte Moravcsik die Lage, *"Germany and Britain were agreed on the need for liberalization, with weak support from France, while Germany and France were agreed on the need for procedural reform, with weak support from Britain."*²⁴⁵ Mit der Drohung, notfalls ohne London bei der Vertiefung voranzuschreiten, setzten Kohl und Mitterrand die britische Premierministerin unter Druck. Auf dem

²⁴³ Siehe vor allem Eckart Gaddum: Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren, Paderborn 1994.

²⁴⁴ Zu den diplomatischen und politischen Manövern, die schließlich zur Einheitlichen Europäischen Akte führten, siehe Andrew Moravcsik: Negotiating the Single European Act; in: Robert Keohane/Staley Hoffmann (eds.): The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change, Boulder u.a. 1991, 41-84.

²⁴⁵ Ebd., 55.

Gipfel von Fontainebleau am 25. und 26. Juni 1984 stimmten Bonn und Paris Thatchers Forderung zu, die Zahlungen Großbritanniens an die EG zu verringern und die Liberalisierung der europäischen Güter- und Dienstleistungsmärkte auf die Agenda zu setzen. Im Gegenzug erhielten die Bundesrepublik und Frankreich das britische Placet zur Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen. Dieser später nach seinem irischen Vorsitzenden Dooge benannte Ausschuss sollte dem Rat *"Vorschläge zum besseren Funktionieren der europäischen Zusammenarbeit im Gemeinschaftsbereich wie auch im Bereich der Politischen Zusammenarbeit und in anderen Bereichen"*²⁴⁶ unterbreiten.

Während der Beratungen im Dooge-Ausschuß zeigte sich, daß die Bundesrepublik in fast allen Reformbereichen ehrliziger war als ihre Partner: bei den Befugnissen für das Europäische Parlament, den Mehrheitsentscheidungen im Rat, der Institutionalisierung der EPZ und der Erschließung neuer Politikbereiche wie Technologie und Umwelt. Lediglich bei der frühzeitigen Einführung einer Währungsunion gab sich Bonn skeptisch.²⁴⁷ Insgesamt waren im Frühjahr 1985 die Rahmenbedingungen für grundlegende Reformen der EG so günstig wie seit den späten fünfziger Jahren nicht mehr: Deutschland und Frankreich arbeiteten eng zusammen, Großbritannien begab sich nicht in Fundamentallopposition, der Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal im Frühjahr 1985 erhöhte den Druck, zu einer Vereinfachung der Entscheidungsverfahren zu gelangen, und der neue Kommissionspräsident Jacques Delors (1985-1994) legte sich mit Verve für weitere Integrations Schritte ins Zeug. Die Kommission erarbeitete nun ein Weißbuch mit einem detaillierten Maßnahmenkatalog und einem präzisen Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarkts zum 31. Dezember 1992.

Auf dem Mailänder Gipfel beschloß der Europäische Rat Ende Juni 1985 nach der Diskussion des Dooge-Berichts und des Weißbuchs die Einberufung einer Regierungskonferenz zur *"Herbeiführung konkreter Schritte auf dem Weg zur Europäischen Union"*. Ergebnis der Beratungen war die *Einheitliche Europäische Akte (EEA)*.²⁴⁸ Sie wurde auf

²⁴⁶ "Europa der Bürger", Schubfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates auf der 28. Tagung am 25. und 26. Juni 1984 in Fontainebleau; in: Auswärtiges Amt, 1995, 514-516, hier 516.

²⁴⁷ Vgl. Gaddum, 1994, 247, 251.

²⁴⁸ Vgl. Rudolf Hrbek: Die Einheitliche Europäische Akte; in: EA, 6/1986, 173-184.

dem Gipfel von Luxemburg im Dezember 1985 verabschiedet und trat am 1. Juli 1987 in Kraft. Die EEA bildete die erste umfassende Revision und Ergänzung der Gründungsverträge. Neben der Stärkung des Europäischen Parlaments kam es zur Einführung einer teilweisen Mehrheitsabstimmung in den Räten und der Einbeziehung von Europäischem Rat und EPZ in das Vertragswerk. Neue Politikbereiche wie die Regional- und Strukturpolitik, die Umweltpolitik sowie die Forschungs- und Technologiepolitik wurden den EG-Aufgaben hinzugefügt und erstmals das Ziel der Europäischen Union verankert. Am wichtigsten war jedoch die Vorgabe, den Binnenmarkt bis zum 31.12.1992 zu vollenden.

Wenig Fortschritte gab es dagegen beim Thema Währungsintegration. Hier blockten die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande die weitergehenden Vorschläge der Kommission und Frankreichs ab. Während London damit freilich jede monetäre Koordination auf EG-Ebene verhindern wollte, ging es den Deutschen darum, zunächst die ihrer Ansicht nach notwendige Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung in der EG zu erreichen.²⁴⁹ Auf französisches Drängen erklärte sich Bonn bereit, zumindest die Perspektive der Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in die Einheitliche Europäische Akte aufzunehmen. In Art. 102a der EEA bekamen die Unterzeichner ihren Willen zur *Zusammenarbeit, "in die für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft erforderliche Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken zu sichern"*.

Auch wenn die EEA die Frage der Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik offengelassen hatte, so verließ die innere Logik des Binnenmarkts der Ansicht auftrieb, daß die Einführung einer gemeinsamen Währung die Konsequenz der fortschreitenden ökonomischen Integration Europas sei. Erst sie würde es erlauben, alle Vorteile eines einheitlichen Marktes zu ernten. Die deutsche Skepsis galt dabei mehr dem "Wie" und dem "Wann", nicht unbedingt dem "Ob" einer Währungsunion. Mit einer Ausfuhrquote von 30,6 Prozent und als zweitgrößter Exporteur der Welt war die Bundesrepublik an berechenbaren Wechselkursverhältnissen natürlich überaus interessiert.²⁵⁰ Nur war sie nicht bereit, vom Primat der geldpolitischen Stabilität abzurücken. Frankreich, das die Dominanz der D-Mark in Europa vor allem als politisches Problem sah, drängte dagegen wie

schon zu Zeiten des Werner-Plans auf eine rasche Vergemeinschaftung dieses Politikbereichs. Bonn und Paris bildeten so die währungspolitischen Gegenpole in der EG.²⁵¹

In den Jahren nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte geriet die Bundesrepublik durch zahlreiche währungspolitische Vorschläge Frankreichs, Italiens und der Kommission in die Defensive. Am 26. Februar 1988 reagierte Außenminister Genscher auf diesen Handlungsdruck mit einem *Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank*.²⁵² Damit ergriff das auswärtige Amt nicht nur gegenüber den EG-Partnern die Initiative, sondern auch im innerdeutschen Diskussionsprozeß, wo Finanzministerium und Bundesbank einer Währungsintegration nicht viel abgewinnen konnten. Der Kanzler legte wenig später nach: Unter deutscher Ratspräsidentschaft wurde ein Ausschuß unter Führung von Delors Ende Juni 1988 von den Staats- und Regierungschefs in Hannover beauftragt, "die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser [Wirtschafts- und Währungs-; S.B.] Union zu prüfen und vorzuschlagen".²⁵³ Die Bundesrepublik konnte erreichen, daß die EG-Zentralbankpräsidenten in den Delors-Ausschuß berufen wurden. Dadurch war nicht nur die Bundesbank in die Entwürfe zur WWU eingebunden, sondern es stand auch zu erwarten, daß die Vorschläge des Ausschusses die stabilitätsorientierte Position der Bundesrepublik gebührend berücksichtigen würden. Auch wenn Bonn inhaltlich keine größeren Konzessionen machte, so vollzog sich im ersten Halbjahr 1988 doch eine wichtige Akzentverschiebung der deutschen Europapolitik im Währungssektor.²⁵⁴

Am 13. April 1989 legte der Delors-Ausschuß den Staats- und Regierungschefs seinen Bericht vor. Einstimmig empfahlen seine Mitglieder darin die Schaffung eines politisch unabhängigen europäischen Zentralbankensystems, dessen oberstes Ziel die Preisstabilität sein müsse. Weiter schlug der Bericht vor, die Wirtschafts- und Währungsunion in drei Stufen einzuführen, wobei die erste am 1. Januar 1990 beginnen sollte. Ende Juni 1989 nahm der

²⁵¹ Vgl. Gaddum, 1994, 335.

²⁵² Hans-Dietrich Genscher: Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank; abgedr. in: BB/AAP, Nr. 15/1988 (1. März 1988), 6.

²⁵³ "Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates zur 39. Tagung am 27. und 28. Juni 1988 in Hannover"; in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 90 (30.6.1988), 845-848, hier 847.

²⁵⁴ Vgl. Gaddum, 1994, 352f.

²⁴⁹ Vgl. Gaddum, 1994, 266f.

²⁵⁰ Vgl. Neuss, 1988, 206.

Europäische Rat in Madrid die Empfehlungen des Delors-Ausschusses an und regte die baldige Einberufung einer Regierungskonferenz an, um die entsprechenden Verträge auszuhandeln. Die Weichen für die WWU waren also gestellt, bevor sich die Aufmerksamkeit der EG auf den Kollaps des Ostblocks und die Überwindung der deutschen Teilung zu richten begann.

6.4. Fazit

- 1) Die deutsche Außenpolitik war in den Jahren 1969 bis 1989 von einer deutlichen Emanzipation in allen Politikbereichen gekennzeichnet. Vor allem während Entspannungsphasen in den Ost-West-Beziehungen vermochte Bonn dabei eigene Akzente zu setzen. Allerdings achtete die Bundesrepublik sehr darauf, seine Initiativen stets im multilateralen Kontext und in enger Abstimmung mit den beiden wichtigsten außenpolitischen Partnern, den USA und Frankreich, zu lancieren.
- 2) Die Ost- und Deutschlandpolitik bildete zunächst das wichtigste Feld deutscher Emanzipationsbestrebungen. Bei allen Bemühungen, insbesondere die deutsch-deutschen Beziehungen von Veränderungen in der außenpolitischen Großwelterlage zu isolieren, ordnete Bonn aber letztlich seine Beziehungen zum Osten immer seinen Beziehungen zum Westen unter.
- 3) In der Sicherheitspolitik wurde die Diskrepanz zwischen den bundesdeutschen und den amerikanischen Interessen zunehmend virulent. Seit die Sowjetunion mit den SALT-Verträgen die Anerkennung ihrer strategischen Parität mit den USA erreicht hatte, verstärkten sich in Bonn die Zweifel an der Zuverlässigkeit der amerikanischen Nukleargarantie. Auch Reagans Bündnisthetorik konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der strategische Grundkonsens zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik brüchig geworden war. Nur der Kollaps der UdSSR verhinderte eine Verschärfung des Konflikts in der Allianz über die richtige Verteidigungsstrategie.
- 4) In der Wirtschafts- und Währungspolitik entwickelte sich die Bundesrepublik parallel zu ihrem wachsenden ökonomischen Gewicht zu einem wichtigen Akteur. Während ihre konservative Fiskal- und Geldpolitik in den siebziger Jahren nur von einer kleinen Gruppe von Staaten geteilt wurde, schwenkte in den achtziger Jahren auch Frankreich auf diese Linie ein. Damit gelang es Westdeutschland, seine stabilitätspolitischen Vorstellungen sukzessive auf andere europäische Länder zu übertragen.

- 5) Nach dem Scheitern der großen Ziele des Haager und Pariser Gipfels konzentrierte sich die deutsche Europapolitik bis in die frühen achtziger Jahre auf außervertragliche Kooperationschritte wie die EPZ, den Europäischen Rat und das EWS. Mit der Wahl Kohls 1982 wurde die europäische Integration wieder zu einem zentralen Thema deutscher Außenpolitik. Konzeptionell und verhandlungstaktisch spielte die deutsche Europapolitik dabei insbesondere bei der institutionellen Reform der Gemeinschaft eine führende Rolle.